

Reporter ohne Grenzen e.V. / Brückenstraße 4 / 10179 Berlin

Auswärtiges Amt  
Bundesminister des Auswärtigen  
Herrn Dr. Guido Westerwelle

**11013 Berlin**

Reporter ohne Grenzen e. V.  
Brückenstraße 4  
10179 Berlin

T: +49 (0) 30 202 15 10 – 0  
F: +49 (0) 30 202 15 10 – 29  
kontakt@reporter-ohne-grenzen.de

[www.reporter-ohne-grenzen.de](http://www.reporter-ohne-grenzen.de)

Berliner Volksbank  
Konto 566 7777 080  
BLZ 100 900 00

Berlin, 7. Januar 2010

### **Ihr Antrittsbesuch in der Volksrepublik China**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

als Organisation zur Verteidigung der Pressefreiheit wenden wir uns mit der dringenden Bitte an Sie, bei Ihrem Antrittsbesuch kommende Woche in der Volksrepublik China auch über die Lage der Presse- und Meinungsfreiheit zu sprechen. Die anhaltende scharfe staatliche Medienszensur, die kontinuierliche Ausweitung der Internet-Überwachung sowie die massive Verfolgung von kritischen Journalisten und Internetnutzern sind alarmierend.

Derzeit sind nach unserem Wissen 30 Journalisten in der Volksrepublik im Gefängnis. Besorgniserregend sind auch die zunehmenden Festnahmen von Bloggern und Internetnutzern: 66 von ihnen sind aktuell inhaftiert – in keinem anderen Land ist diese Zahl so hoch. Viele von ihnen verbüßen mehrjährige Gefängnisstrafen aufgrund ihrer Berichte und Recherchen.

Auf der aktuellen Rangliste zur Lage der Pressefreiheit weltweit steht China auf Platz 168 von insgesamt 175. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die staatliche Lenkung und strikte Kontrolle der Medien lockert. Die Verurteilung des Dissidenten und Verfechters der Presse- und Meinungsfreiheit Liu Xiaobo zu elf Jahren Haft trotz internationaler Proteste hat dies erneut gezeigt.

Auch die Situation ausländischer Medien und Journalisten ist weiterhin schwierig: Beteuerungen von Staatspräsident Hu Jintao, stärker die Interessen ausländischer Medien sichern zu wollen, bleiben Lippenbekenntnisse. Der Druck auf ausländische Medien und Korrespondenten ist in den vergangenen Monaten vielmehr gestiegen. Die vor den Olympischen Spielen erlassenen Arbeitserleichterungen werden in der Praxis häufig nicht beachtet. Journalisten werden bei der Erteilung von Visa hingehalten. Websites ausländischer Medien wie der *BBC* oder der *Deutschen Welle* werden immer wieder gesperrt. Hörfunk- und Fernsehprogramme ausländischer Sender in chinesischer Sprache sind landesweit nicht ungehindert zu empfangen.

Mit großer Sorge betrachtet *Reporter ohne Grenzen* ebenfalls die Verschärfung der Internetüberwachung. Soziale Netzwerkseiten wie *Facebook*, *Youtube* und *Flickr* sind meist nicht zugänglich. Im Visier der Behörden steht insbesondere der Kurznachrichtendienst *Twitter* – eine Plattform, bei der sich die staatliche Kontrolle schwerer umsetzen lässt als bei anderen Seiten. Die Behörden reagieren deswegen mit einer gezielten Verfolgung von kritischen Nutzern, die oftmals aus

universitären Kreisen stammen. Zudem sollen nach offiziellen Informationen die Bestimmungen für die Registrierung von Domain-Namen verschärft werden.

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister, wir möchten Sie bitten, bei Ihrem Gespräch mit Außenminister Yang Jiechi und weiteren hohen Amtsträgern der chinesischen Regierung konkret die Fälle der Internetaktivisten **Hu Jia** und **Yang Maodong** sowie des Journalisten **Sun Lin** anzusprechen. Bereits Ihren Amtsvorgänger Frank-Walter Steinmeier hatten wir im vergangenen Jahr gebeten, sich bei Ministerpräsident Wen Jiabao für eine Freilassung einzusetzen:

Hu Jia wurde im April 2008 zu dreieinhalb Jahren Gefängnis wegen „Anstiftung zum Umsturz“ verurteilt. Der Dissident hatte im Vorfeld der Olympischen Spiele Artikel über die Lage der Menschenrechte in China im Internet veröffentlicht und die eingeschränkte Pressefreiheit kritisiert. Hu Jia wurde 2007 mit dem Menschenrechtspreis von *Reporter ohne Grenzen* ausgezeichnet und erhielt 2008 den „Sacharow-Preis für geistige Freiheit“ des Europäischen Parlaments.

Yang Maodong, der unter dem Pseudonym Guo Feixiong im Internet veröffentlichte, wurde im September 2006 festgenommen. Seine Haftbedingungen sind menschenunwürdig, seine Familie berichtet über schwere Misshandlungen. Die offizielle Anklage gegen den Internetaktivisten lautete „illegale Geschäftsaktivitäten“ – allerdings dürfte seine Kritik an den Behörden im Internet und sein Einsatz für die Menschenrechte der Grund für seine Verhaftung gewesen sein.

Der Journalist Sun Lin ist seit Mai 2008 in Haft: Er berichtete für die in den USA betriebene Website *Boxun News* über Fälle von Amts- und Machtmissbrauch und setzte sich für Menschen ein, deren Wohnungen zwangsgeräumt wurden. Im Juni 2008 verurteilte ihn ein Gericht zu vier Jahren Gefängnis. Die Anklage lautete: „Anstiftung zu Unruhen“ und „illegaler Waffenbesitz“.

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister, nach der Verurteilung von Liu Xiaobo haben Sie noch einmal daran erinnert, dass die Volksrepublik China den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet hat, in dem auch das Recht auf Meinungsfreiheit garantiert wird.

Bitte setzen Sie die Presse- und Meinungsfreiheit auch bei diesem Besuch auf die Tagesordnung und fordern Sie konkrete Schritte bei der chinesischen Regierung ein, den einheimischen und ausländischen Journalisten sowie Bloggern und Internetnutzern mehr Freiheiten zuzugestehen. Wir bitten Sie eindringlich, sich für die Freilassung aller inhaftierten Internetaktivisten und Medienmitarbeiter einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Rickerts  
Geschäftsführer

Anlagen:

- Inhaftierte chinesische Journalisten, Blogger und Internetnutzer